

**Niederschrift über die
Sitzung des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses am 20.03.2017**
Ort: im Bürgerzentrum in Waiblingen, Welfensaal, An der Talaue 4 in 71334 Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Dr. Sigel

Mitglieder des Verwaltungs-,
Schul- und Kulturausschusses

-

Holzwarth, Dr. Ketterer (bis 17:55 Uhr), Wersch (bis 18:08 Uhr), Mößner, Breiter (bis 17:10 Uhr), Kölz (CDU)

Kaufmann (ab 14:30 Uhr bis 17:45 Uhr), Klopfer, Hestler, Möhrle (SPD)

Hesky, Friedrich, Häuser, Jasper (Freie Wähler)

Besa, Brodersen, Wägner (GRÜNE)

Lenk, Haußmann (bis 18:13 Uhr), Meßmer (FDP-FW)

Throm (AfD)

Kober (LINKE/ÖDP)

Die stv. Ausschussmitglieder: Jenner-Wanek (CDU)

Entschuldigte Ausschussmitglie-
der: Sczuka (CDU)

Ferner:

Dezernent Geißler

Sozialdezernentin Bittinger

Herr Dr. Vogt, Amt für Schulen, Bildung und Kultur (Top 3)

Frau Dr. Fleuchaus, Leiterin Gewerbliche Schule Backnang (Top 2)

Herr Braune, Geschäftsführer Kreisbaugruppe
Herr Dr. Nickel, Geschäftsführer Rems-Murr-Klinik (Top 1)

Weitere Mitarbeiter Rems-Murr-Kliniken:

Herr Dr. Kefalianakis Herr Prof. Dr. Strittmatter

Herr Dr. Hartung

Frau Bauer-Rabe, Herr Böttcher, Frau Dölitzsch,

Herr Haller, Herr Mertel, Frau Müller,

Weitere Mitarbeiter

Presse

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung 14:00 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung 17:17 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Landrat Dr. Sigel, dass der Top 4 „Satzungsänderung bei der Kreissparkasse Waiblingen“, von der Tagesordnung abgesetzt werde.

§ 1

Medizinkonzeption für die Rems-Murr-Kliniken gGmbH

Drucksache 2017/042

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Geschäftsführer Dr. Nickel, Rems-Murr-Kliniken erläutert die Medizinkonzeption anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Die Chefärzte der Kliniken für Gynäkologie und Geburtshilfe, Prof. Dr. Strittmatter und Dr. Hartung stellen ihren Bereich und die geplante Entwicklung vor dem Hintergrund der Medizinkonzeption vor.

Im weiteren Verlauf beantworten Geschäftsführer Dr. Nickel und Finanzdezernent Geißler Anfragen der Fraktionen und Zählgemeinschaften wie in der Präsentation dargestellt.

Kreisrat Holzwarth nimmt für die CDU-Fraktion Stellung und bedankt sich für die Vorlage der gut ausgearbeiteten Medizinkonzeption. Man habe die beiden Klinikstandorte am 28.02.2017 besichtigt und die Ergebnisse der Konzeption am 10.03.2017 vorgestellt bekommen. Drei Szenarien seien eingehend untersucht, wobei die CDU-Fraktion zu dem empfohlenen Szenario 1 tendiere. Vorab bitte man noch um die Beantwortung der nachstehenden sechs Fragen, die es erleichtern sollen, zu einer zügigen und klaren Entscheidung des Kreistags am 24.04.2017 zu kommen. Seine Fraktion bedanke sich bei der Klinik-Geschäftsführung, den Klinik Chefärzten in Winnenden und Schorndorf sowie bei Landrat Dr. Sigel, für die gründliche Vorgehensweise, die sicherlich zum gewünschten Ergebnis führen werde.

1. wolle man wissen, wie die Geschäftsführung und die Verwaltung die Chancen für Zuschüsse für die Investitionskosten in Winnenden und Schorndorf sehen würden. Außerdem bitte man um eine

Einschätzung, wie sehr die Umsetzung von Szenario 1 von diesen Zuschüssen am Ende abhängt und ob sich dieses bei Ausbleiben evtl. sogar ändere.

2. Werde um Auskunft gebeten, wie der Kreis als Träger, die langfristige Rückführung der Gesamtverschuldung der Kliniken plane, die ja auch bei Szenario 1 nochmals um 35 Millionen Euro steigen werde?

3. Ferner interessiere seine Fraktion, was vorausschauend getan werde, um Kostenrisiken bei der Sanierung und durch Preissteigerungen beim Neubau zu beherrschen?

4. Wie werde bei der Zug um Zug-Umsetzung sichergestellt, dass alle Maßnahmen betriebswirtschaftlich für das Gesamtunternehmen sinnvoll seien und wie die notwendigen zusätzlichen Fachkräfte gewonnen werden sollen?

5. Des Weiteren sei in Winnenden ein Parkhaus mit einem Kostenansatz von 5 Millionen Euro mit eingeplant. Es werde noch eine Aussage erwartet, welche Stellplatzkapazitäten durch die geplanten Erweiterungen, auch in Schorndorf, tatsächlich benötigt würden. Ein Desaster mit Provisorien wie in Winnenden seit 2014 dürfe sich nicht wiederholen.

6. Darüber hinaus stelle sich noch die Frage, wie bei Szenario 3 sich die rechnerische Situation ergeben würde, wenn ein sehr kurzer Zeitraum für den damit verbundenen Schritt der Schließung in Schorndorf und der Schaffung der notwendigen Kapazitäten in Winnenden gewählt werden könnte.

Kreisrat Kaufmann weist darauf hin, das „Kapital“ der Kliniken seien nicht nur die Krankenhäuser, sondern auch das medizinische Personal, das mit seiner Fachkompetenz und Motivation für die Versorgung der Bürgerschaft und den Spitzenplatz in der Region Sorge. Daher stelle sich die Frage, was dem Kreis die medizinische Versorgung in dieser Qualität wert sei. Man habe großes Vertrauen darauf, dass die Medizinkonzeption eine hohe Tragfähigkeit habe, zumal diese nicht stückweise, sondern in Gänze und mit langfristiger Perspektive präsentiert werde. Insofern sei klar, dass Szenario 1 im Vordergrund stehe.

Kreisrat Hesky erklärt, auch die Fraktion der Freien Wähler freue sich, dass man nun ein Stück weit mit der Vergangenheit abschließen könne. Dennoch sei der Prozess in der Rückschau überraschend gewesen, als man eine Konzeption auf den Weg gebracht hatte, die ein 2-Standort-System beinhaltete. Heute könne liege eine gute Konzeption vor, die auch den Brief der Winnender Chefärzte mit dem Vorschlag zur Schließung von Schorndorf zurückzuführen sei, egal wie man hierzu gestanden habe. Dies sei nun einvernehmlich geklärt sei und Vertrauen geschaffen worden. Vor allem könne man froh darüber sein, dass man Schorndorf nicht in Frage gestellt werden müsse, weil ein Weg aufgezeigt worden sei, wie man dies medizinisch sinnvoll und wirtschaftlich gut darstellbar erreichen könne. Diese Sicherheit sollte auch eingefordert werden und sei gut, dass stufenweise vorgegangen und korrigiert werden könne. Man hoffe, dass das Zentralversorgungsangebot auch irgendwann durch das operative Ergebnis honoriert werde.

Kreisrätin Brodersen erklärt, die vorgelegte Medizinkonzeption habe ihre Fraktion beeindruckt. Die Erarbeitung dieses tragfähigen Konzeptes sei in einem transparenten Verfahren mit ausreichend Zeit erfolgt. Von der Zusammenarbeit der Kliniken würden beide Standorte profitieren. Die Konzeption mache deutlich, dass man den Bürgerinnen und Bürgern eine hervorragende medizinische Versorgung anbieten könne. Als kommunale Klinik müsse der Schwerpunkt jedoch die Grundversorgung sein, auch wenn diese nicht so gut vergütet werde. Sie gehe davon aus, dass dies bei der Berechnung der Wirtschaftlichkeit berücksichtigt worden sei. Sie verstehe zwar die Sorge um die Gewinnung von Personal, Sorge sich aber mehr darum, dass auch ausreichend Betten für die Patienten zur Verfügung stünden. Eine Untersuchung der drei möglichen Varianten sei richtig gewesen und die voraussichtlichen finanziellen Entwicklungen glaubhaft dargestellt worden. Ohne weitere Investitionen und Anpassung der Bettenkapazitäten werde diese Entwicklung aber gefährdet. Durch die Möglichkeit der schrittweisen Sanierung in Schorndorf und auch der Finanzierung in Etappen, könne dies gelingen. Dadurch habe man auch die Möglichkeit, auf Veränderungen zu reagieren, wie z.B. einen geringeren Bettenbedarf. Die Fraktion von Bündnis 90/Grüne sei bereit, die von der Verwaltung vorgeschlagene Variante mitzutragen.

Kreisrat Haußmann erklärt, angesichts der Situation vor einem Jahr und des jetzigen qualitativen medizinischen Angebots sei es sinnvoll gewesen, die Medizinkonzeption auf den Weg zu bringen. Aufgrund des aufgezeigten Zuwachses, befürworte die FDP-FW-Fraktion das Szenario 1. Vor dem Hintergrund von Unwägbarkeiten durch die Rahmenbedingungen im deutschen Gesundheitswesen,

interessiere ihn, welche Steigerungsrate beim Landesbasisfallwert geplant sei. Er bedauere es, dass seitens des Sozialministeriums alle Vorabtermine abgesagt wurden, bevor der Kreistag sich entschieden habe. Hier sei wichtig, dass man im engen Dialog bleibe. PWC habe ja einige Punkte angesprochen an denen man noch arbeiten könnte z. B. Risikopuffer und Preissteigerungsraten bei den Sachkosten sowie bei der Bewertung der Pauschalförderung. Er bitte nochmals hierauf einzugehen.

Geschäftsführer Dr. Nickel nimmt zu den vorstehenden Redebeiträgen Stellung und antwortet, zur Fachkräftegewinnung baue man die Krankenpflegeschule weiter aus und man unterstütze auch durch Pflegeassistenten. Die Personalabteilung und –entwicklung sei weiter ausgebaut worden. Außerdem seien die Lebensbedingungen attraktiver als in Stuttgart. Der Nachweis hinsichtlich der Parkplätze und Fallzahlen würden noch erhoben. Die Themen Notaufnahme und die Speisenversorgung sowie die Punkte zu PWC würden ebenfalls noch öffentlich aufgearbeitet. Der Landesbasisfallwert sei mit 1,5 % Steigerung konservativ gerechnet worden.

Herr Mertel, Rems-Murr-Kliniken, antwortet ergänzend zur Frage von Frage von Kreisrat Holzwarth, bei einer kürzeren Laufzeit von Szenario 3 mit einer Schließung von Schorndorf, würde sich durch die Verlegung der Patienten nach Winnenden, wäre der der Fixkostendegressionsabschlag (FKDA) ein noch höherer. Außerdem würden die Abrisskosten und Sonderabschreibungen zu Buche schlagen.

Kreisrat Kölz erinnert an die Klinikstruktur im Rems-Murr-Kreis vor 2008 wo alle drei Krankenhäuser das gleiche Leistungsspektrum gehabt hätten. Dabei sei der bauliche Zustand der Kliniken in Backnang und Schorndorf schlecht gewesen. Insofern halte er die damalige Entscheidung immer noch für richtig, wobei er schon damals für die Erhaltung von Schorndorf gewesen sei. Vielleicht sei damals aber nicht richtig offengelegt worden, Tatsache sei jedoch, dass man in den letzten Jahren in das Haus und in die Gesundheitszentren Millionen investiert habe. Insofern sei die Klinik in einem sehr guten Zustand. Beeindruckt habe ihn auch die Vorort-Besichtigung mit der Fraktion am 28.02.2017. Langfristig müsse die Bettenzahl auf 1.050 erhöht werden, weshalb Schorndorf nicht zur Diskussion stehen könne.

Kreisrat Hestler erklärt, auch er sei bei der Besichtigung sehr gut informiert worden. Allerdings habe er im Gutachten von PWC entnommen, dass man bei der Patientenzufriedenheit an letzter Stelle in der Region liege. Nachdem dies nicht an der medizinischen Leistung liegen könne, müsse es andere Gründe geben, wie z.B. die Notaufnahme und die Speiserversorgung. Zu den dort festgestellten Defiziten habe die SPD-Fraktion auch Anträge im Rahmen der Haushaltsberatungen 2017 gestellt. So habe man zur Notaufnahme eine Zielvereinbarung zur Verkürzung der Wartezeiten vorgeschlagen, wo auch Verbesserungen in Angriff genommen worden seien. Des Weiteren gebe es Kritik an der Essensversorgung. Dem solle mit einer eigenen Küche mit regionalen begegnet werden. Hierzu habe seine Fraktion ein Konzept erwartet, zumal bei der damaligen Planung des Klinikneubaus eine gemeinsame Küche mit dem Zentrum für Psychiatrie vorgesehen gewesen sei. Er kritisiere auch, dass das künftige System nur im Aufsichtsrat behandelt worden sei und der Kreistag nicht einbezogen worden sei.

Landrat Dr. Sigel erwidert, das Thema sei in der Klausurtagung des Kreistags erörtert worden, könne aber auch heute nochmals aufgegriffen werden. Er bitte zu berücksichtigen, dass im Klinikneubau nur eine Verteilerküche eingeplant worden.

Kreisrat Dr. Ketterer bitte um Auskunft, wie der Stand der Nachforderungen aufgrund der Wasserschäden in Winnenden sei. Es habe sich gezeigt, dass eine große Lösung in Winnenden nicht realisierbar sei. Da jedoch Schorndorf für Patienten aus dem Backnanger Raum weit entfernt sei, wolle er wissen, ob diese umfänglich in Winnenden behandelt werden könnten. Ihm sei wichtig, dass eine Erweiterung in Winnenden erfolgen müsse. Wenn hier eine Retentionsfläche berücksichtigt werden müsse, bitte er darauf zu achten, dass hier der Ausgleich durch die betroffenen Gemeinden trotzdem schnell erfolge.

Kreisrat Klopfer erinnert daran, dass nach dem ersten gescheiterten Anlauf zu einer Medizinkonzeption vor 11 Monaten habe es Verunsicherungen in Schorndorf nicht nur unter den Chefärzten, sondern bei allen Mitarbeitern gegeben, die nun geklärt seien. Er rege an, dass Gelleistete auch bei einer Personalversammlung zu kommunizieren. Angesichts der Kostenprognosen, halte er es für wichtig, dass künftig bei Bauprojekten, nicht nur externe Gutachter, sondern auch interne Fachleute beteiligt würden. Des Weiteren bitte er zu beachten, dass Baden-Württemberg die geringste Bettenkapazität bundesweit habe und auch der Rems-Murr-Kreis weiter wachsen werde.

Kreisrat Kober erklärt, DIE LINKE stehe voll hinter der Medizinkonzeption. Kritisch sehe man aber auch, die der Ausbau an Pflegekräften, mit Wachstum mithalten solle.

Landrat Dr. Sigel nimmt zu den vorstehenden Redebeiträgen Stellung und erklärt, er habe sich bei seinem Amtsantritt auch gewundert, dass es kein standortübergreifendes Konzept gegeben habe. Zwischenzeitlich habe er nun versucht, Winnenden und Schorndorf zusammenzubringen. Mit dem jetzt erarbeiteten Konzept wolle man Verlässlichkeit vermitteln, er habe bei der Bürgermeisterversammlung aber darauf hingewiesen, dass man die Kliniken noch auf Jahre gemeinsam zu tragen habe.

Geschäftsführer Dr. Nickel erläutert eine Präsentation zum SPD-Antrag zur Speiserversorgung anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel weist ergänzend darauf hin, dass eine gemeinsame Küche mit dem ZFP wirtschaftlich nicht sinnvoll sei.

Herr Dr. Nickel antwortet zum Stand der Schadenersatzfälle zu den Wasserschäden während des Klinikneubaus, die Verfahren würden noch laufen, aber die Firma Imtech sei insolvent und mit der Folgegesellschaft Caverion stehe man in Verhandlungen. Die zu erwartenden Effekte seien jedoch wohl minimal, da diese über die gesamte Abschreibungsdauer gesehen werden müssten. Bezüglich der Nutzung von Retentionsflächen zur Erweiterung der Bettenkapazität, werde man mit der Stadt Winnenden Kontakt aufnehmen.

Ohne weitere Beratung beschließt der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der VSKA nimmt die Medizinkonzeption der Rems-Murr-Kliniken gGmbH (Anlage 1) zur Kenntnis.
2. Der VSKA empfiehlt dem Kreistag, der Empfehlung der Geschäftsführung zu folgen und Szenario 1 (Weiterführung der Standorte Winnenden und Schorndorf mit Sanierung Schorndorf im Bestand) umzusetzen.

Auszüge

1 Dezernat 1

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

1 Rems-Murr-Kliniken

§ 2Immobilienkonzeption der Kreisverwaltung am Standort Waiblingen - hier: Vorbereitung der UmsetzungsphaseDrucksache 2017/045

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache. Er erläutert diese anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Herr Dr. Sigel führt einleitend aus, der Kreistag habe in seiner Sitzung am 17.10.2016 beschlossen, die Kreisverwaltung und die Kreisbaugruppe zu beauftragen, einen konkreten Umsetzungsplan zu erarbeiten. Ferner sollten mit der Stadt Waiblingen die Voraussetzungen geschaffen werden, auf dem ehemaligen Klinikareal eine Wohnbebauung zu ermöglichen. Die Verwaltung habe zugesagt, regelmäßig hierüber zu informieren.

Da es sich beim Alten Postplatz um ein großes Gelände handle, müsse eine wettbewerbliche Gesamtplanung mit einem vergaberechtlich ordnungsgemäßen Verfahren durchgeführt werden, die auch die Verkehrsanbindung umfasse. Dabei sei die auch die zentrale Lage in der Stadt zu beachten. Landrat Dr. Sigel erläutert ferner den aktuellen Stand der Verhandlungen für die Bebauung des ehemaligen Klinikareals.

Kreisrat Hesky erklärt, es sei erfreulich, dass die beiden Vorhaben weiter vorangekommen seien. Er begrüßt, dass in der Drucksache nochmals betont werde, dass weiterhin eine Konzentration der Landkreisverwaltung am Alten Postplatz 10 erfolgen solle. Diese schließe auch nicht aus, dass interimweise in Objekten anderorts eine Entlastung erfolgen könne. Betriebswirtschaftlich sei auch aufgezeigt worden, dass es besser sei, etwas zu unternehmen, als nichts zu tun.

Kreisrat Lenk signalisiert für die FDP-FW-Fraktion Zustimmung zum Neubaukonzept und zur Bebauung des Klinikareals. Wichtig sei eine Planung aus einem Guss, aber einer abschnittweisen Umsetzung, da sich der Bedarf auch ändern könne und die finanziellen Möglichkeiten des Kreises berücksichtigt werden müssten. Entscheidend sei zudem, ob das Parkhaus nicht nur erneuert, sondern auch bebaut werde. Den benötigten Interimslösungen werde ebenfalls zugestimmt.

Kreisrat Mößner bedankt sich für den Sachstandsbericht und begrüßt, dass eine ganzheitliche Lösung für Waiblingen gesucht worden sei, nachdem auch die CDU-Fraktion die ursprüngliche Planung nur für ein Sozialdezernat auf dem ehemaligen Klinikareal hinterfragt habe. Es sei erfreulich, dass es nun städtebaulich auf dem Krankenhausgelände weiter gehe. Beim Standort Alter Postplatz verspüre er eine gewisse Eile, angesichts der finanziellen Dimension, die nicht so dringend sei. Auch hier mache es Sinn, einen ganzheitlichen Blick auf das Vorhaben zu werfen. Bei einer so großen Maßnahme sei ein Wettbewerbsverfahren zu befürworten. Hier sollte aber auf das Machbare geachtet und auf Sicht gefahren werden. Jeder weitere Schritt sollte zudem unter den Vorbehalt der sicheren Finanzierung gestellt werden. Die Interimslösungen und Modernisierung der Kantine würden mitgetragen.

Kreisrätin Besa erklärt für die Fraktion Bündnis 90/Grüne, das Immobilienkonzept könne sich sehen lassen. Außerdem würden auf dem Klinikareal Miet- und Eigentumswohnungen ermöglicht. In der Rötestraße könnten ebenfalls Wohnungen und Verwaltungsarbeitsplätze erstellt werden und die Nutzung des Postareals bleibe noch offen. Der Standort Alten Postplatz mit dem Parkhaus, stelle das größte Vorhaben dar. Neben einer flexiblen Raumnutzung solle bei den beratungsintensiven Arbeitsplätzen auf den Persönlichkeitsschutz der Bürger geachtet werden. Attraktive Arbeitsplätze und Sozialräume seien für die Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter und ein gutes Miteinander wichtig. Klar sei, dass die Umsetzung abschnittsweise erfolge, um den Betrieb, auch mit Interimslösungen, aufrechterhalten zu könne. Sie bitte um Auskunft, welches Amt für die Ringstr. 12 in Fellbach ange-dacht sei. Ferner bitte sie noch um Erläuterung der Projektorganisation.

Kreisrat Hestler erinnert daran, dass er sich gegen die Variante 4 ausgesprochen habe, da er diese momentan finanziell nicht für darstellbar halte. Er mache seine heutige Zustimmung davon abhängig, ob nur über Variante 0 abgestimmt, oder ob damit Variante 4 schon präjudiziert werde. Hierzu interessiere ihn auch, ob die genannten Planungskosten auch das Postareal umfasse.

Kreisrat Throm erklärt für die Zählgemeinschaft AfD/Unabhängige, das grundsätzliche Bekenntnis zum Standort Alter Postplatz werde nicht in Frage gestellt. Man befürchte allerdings –dass eine Dynamik entstehe, die nicht mehr zu stoppen sei und es zu viele „Baustellen“ für den Kreis gebe, insbesondere auch mit den Rems-Murr-Kliniken. Hier müssten noch Bedenken ausgeräumt werden.

Landrat Dr. Sigel betont, es gehe ihm um möglichst wirtschaftlich gute Lösungen für die Verwaltung, aber um keine Repräsentationsbauten. Statt mit Eile gehe man eher mit Bedacht an das Projekt heran. Es gehe im ersten Schritt zunächst nur um die Planung am Alten Postplatz 10 und die Überplanung der Rötestraße. Bezüglich des Postareals habe die Post signalisiert, ihre Option bis 2023 zu ziehen. Insofern sei offen, wann eine Nutzung durch die technischen Ämter erfolgen könne. Wichtig sei, die Planungs- und Entscheidungsgrundlagen zu schaffen. Die Verwendung des Objekts Ringstr 12 in Fellbach werde noch wirtschaftlich geprüft. Es sei angedacht gewesen, dass das Gesundheitsamt dort einziehe.

Geschäftsführer Braune, Kreisbaugruppe, hebt hervor, es sei wichtig eine Planung aus einem Guss zu erhalten. Es gehe um einen Standort an einer bedeutenden Stelle in Waiblingen, was auch von städtischem Interesse hinsichtlich der Infrastruktur und Erschließung sei. Die Zusammenarbeit mit der Stadt sei sehr gut. Man wolle zwar eine Gesamtplanung, die Realisierung sei jedoch in Abschnitten und nach Bedarf vorgesehen. Das Postgelände sei der letzte Baustein, weshalb man hierauf nicht unmittelbar angewiesen und dieses auch drittverwendungsfähig sei. Wegen des Umfangs des Projekts, müsse die Planung im Rahmen einer EU-weiten Ausschreibung erfolgen. Die Projektorganisation sei wieder in Form einer Lenkungsgruppe angedacht.

Kreisrat Hesky bestätigt die gute Zusammenarbeit mit dem Kreis und die gegenseitige Verlässlichkeit. Er erinnere aber auch daran, dass das Zugeständnis der Stadt Waiblingen auf dem Klinikareal Wohnungen zu bauen, auf eine Zusage des Kreistags zurückgehe. Die Stadt habe Vorleistungen erbracht, erwarte aber, dass dem auch Entscheidungen des Kreises folgen.

Kreisrat Hestler erklärt, er stelle die Sanierung am Alten Postplatz absolut nicht in Frage, sondern es gehe ihm um die 128 Mio. Euro für das Postareal. Die von der Firma Drees & Sommer vorgelegten Berechnungen und Vergleich mit Variante 0 würden nicht mehr stimmen, wenn die Post ihre Belegungsoption bis 2023 ziehe. Drees & Sommer habe angenommen, dass das Postareal ab 2021 fertig gebaut sei.

Landrat Dr. Sigel weist darauf hin, dass auf dem Postgelände nur das gebaut werden solle, was am Alten Postplatz 10 nicht untergebracht werden könne.

Geschäftsführer Braune antwortet ergänzend der Mietvertrag für die Stuttgarter Str. 110 laufe bis 2025 und wenn die Post bis 2023 belege, passe eine Bauzeit von zwei Jahren.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig bei 1 Enthaltung die nachstehende Beschlussempfehlung:

1. Der VSKA/Kreistag nimmt den umfassenden Bericht der Verwaltung zur Umsetzung des Gesamtimmobilienkonzepts zur Kenntnis.
2. Der VSKA empfiehlt dem Kreistag, die Verwaltung zu beauftragen, auf Grundlage des Miet- und Servicevertrages mit der RMIM eine Gesamtplanung für das gesamte Areal Alter Postplatz 10 zu erarbeiten und eine wettbewerbliche Vergabe vorzubereiten.
3. Der Kreistag stimmt der Vorbereitung eines wettbewerblichen Verfahrens für den Standort Alter Postplatz wie folgt zu:
 - a) Die Kreisverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der RMIM, Rems-Murr-Kreis-Immobilien-Management GmbH für den Verwaltungsstandort „Kreishaus Alter Postplatz Waiblingen“ ein wettbewerbliches Verfahren für eine Gesamtplanung vorzubereiten.
 - b) Die Vorbereitungsmaßnahmen sind über den bestehenden Miet- und Servicevertrag zwischen Landkreis und RMIM abzuwickeln.
 - c) Die städtebaulichen Bestandteile der wettbewerblichen Verfahren sind eng mit der Stadt Waiblingen als Standortkommune abzustimmen.
4. Der Kreistag stimmt den Überlegungen der Kreisverwaltung zu, das Objekt Ringstraße 26 in Fellbach interimweise für die Verwaltung zu nutzen und damit in Fellbach einen neuen Interims-Standort der Kreisverwaltung zu eröffnen.

Auszüge:

1 Dezernat 1

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

1 Kreisbaugruppe

§ 3Kooperation der Gewerblichen Schule Backnang mit der Steinbeis Business AcademyDrucksache 2017/006

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und erläutert diese zusammenfassend.

Kreisrat Dr. Ketterer erklärt, grundsätzlich sei zu begrüßen, dass der Bachelor-Abschluss parallel ermöglicht werde. Ihn interessiere, welche Folgen es habe, wenn das Studium länger dauere als die Ausbildung und, ob dieses überall anerkannt werde.

Kreisrat Wägner begrüßt die Entscheidung „in Köpfe zu investieren“. Ihm sei aufgefallen, dass überwiegend E-Learning praktiziert werden solle und die Termine überwiegend am Wochenende stattfinden würden. Insofern stelle sich Frage, ob der Studiengang nicht auch an den anderen Standorten angeboten werden kann.

Kreisrat Lenk beglückwünscht die Schule, dass die Kooperation erreicht worden sei. Diese müssten künftig verstärkt gesucht werden, um die Schulstandorte und die Duale Ausbildung aufzuwerten. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die Privatschulen sehr aktiv seien.

Kreisrat Klopfer weist darauf hin, dass bei diesen Angeboten nicht unerhebliche Studiengebühren anfallen würden. Daher solle bei der Vermietung der Klassenräume unterschieden werden, ob es sich wie hier um ein privates Institut mit Gewinnerzielungsabsicht handle, oder z.B. um eine gemeinnützige Einrichtung Volkshochschule.

Herr Dr. Vogt, Leiter des Amtes für Schulen, Bildung und Kultur, antwortet zu den vorstehenden Fragen, die Studenten müssten Seminare während der Ausbildung absolvieren. Der Bachelor-Abschluss sei europaweit anerkannt. In Waiblingen gebe es eine Kooperation mit der Ludwig-Schlaich-Akademie im Bereich Erziehungswissenschaften und Pflege. Die Studiengebühren würden bei über 10.000 Euro liegen. Die Mieten für die Klassenräume seien in Entgeltordnung des Kreises geregelt und könnten ggf. angepasst werden.

Die Leiterin der Gewerblichen Schule Backnang, Frau Dr. Fleuchaus, antwortet ergänzend, dass die Studiengebühren wie bei der Dualen Hochschule von den ausbildenden Firmen übernommen werden sollen, zumal diese auch wegen einer Kooperation auf die Schule zugekommen seien.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt bei 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen:

Der Kooperation der Gewerblichen Schule Backnang mit der Steinbeis Business Academy zwecks des Angebots eines ausbildungsbegleitenden Bachelorstudiums wird zugestimmt.

Auszüge:

1 Dezernat 5

1 Amt für Schulen, Bildung und Kultur

§ 5Änderung der Hauptsatzung des Rems-Murr-KreisesDrucksache

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt bei 16 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen:

Die Personalzuständigkeit des VSKA in § 11 Ziff. 12 a) der Hauptsatzung soll künftig auch für Fachbereichsleiter/innen gelten.

§ 5Änderung der Hauptsatzung des Rems-Murr-KreisesDrucksache 2017/030

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und erläutert diese zusammenfassend.

Kreisrätin Besa bittet um Auskunft, ob nicht auch andere Leitungsstellen zu den Führungskräften gehören würden. Sie bittet darum, künftig im Stellenplan bei Führungskräften die Funktionsbezeichnung mit aufzunehmen. Außerdem rege sie an, dass der Kreisbrandmeister weiterhin vom Kreistag gewählt werden soll.

Kreisrat Mößner erklärt für die CDU-Fraktion, die vorgeschlagenen Änderungen seien nachvollziehbar, da die diese auch dem neuen Steuerungsmodell der Verwaltung entsprechen und sich auf die „politischen“ Beamten beschränken würden. Im Übrigen müsse man auch der Verwaltung auch ein entsprechendes Vertrauen gegenüber bringen. Bezüglich der Anmietung von Flüchtlingsunterkünften, erwarte man eine regelmäßige Berichterstattung.

Kreisrat Hesky spricht sich namens der Fraktion der Freien Wähler dafür aus, die Zuständigkeit bis zur Besoldungsgruppe A 13 beim VSKA zu belassen. Außerdem halte man es ebenfalls für zwingend, den Kreisbrandmeister im Kreistag wählen zu lassen. Auch für die Regelung bei den Flüchtlingsunterkünften werde momentan kein Bedarf gesehen..

Kreisrat Lenk erklärt, die FDP-FW-Fraktion halte es für vernünftig, wenn sich die Gremien auf Leitungsstellen beschränken. Man unterstütze jedoch, dass der Kreisbrandmeister vom Kreistag gewählt werden solle. Darüber hinaus halte man es für wichtig, dass die Gremien auch eine Auswahl hätten und nicht nur ein Kandidat bzw. eine Kandidatin präsentiert werde.

Kreisrat Throm kritisiert, dass der Ältestenrat eine Empfehlung ausgesprochen habe. Den Änderungen könne man nicht zustimmen, da hier nicht nur um eine Entlastung, sondern auch um eine „Entmachtung“ der Gremien erfolgen solle.

Kreisrat Klopfer berichtet, dass in Schorndorf der Gemeinderat auch nur noch über die Leitungsstellen entscheide.

Landrat Dr. Sigel erklärt, die Wahl des Kreisbrandmeisters könne auch im Kreistag belassen werden. Bei 1.600 Bediensteten halte er allerdings eine klare Regelung für erforderlich, dass nur Führungsstellen in die Gremien kommen.

Finanzdezernent Geißler begründet nochmals eingehend die jeweiligen Änderungen in der Hauptsatzung.

Kreisrat Kaufmann vertritt die Meinung, dass die Verwaltung effizient arbeiten können müsse. Infolge dessen spreche er sich für eine Beschlussfassung wie von der Verwaltung vorgeschlagen aus.

Kreisrat Hesky betont nochmals, dass es auch Führungskräfte unterhalb der Amtsleitererebene gebe, weshalb über diese weiterhin der Ausschuss abstimmen solle.

Der Ausschuss lehnt den Antrag von Kreisrätin Besa und Kreisrat Hesky mehrheitlich bei 12 Nein-Stimmen und 9 Ja-Stimmen ab:

Die Personalzuständigkeit des VSKA in § 11 Ziff. 12 a) der Hauptsatzung soll künftig auch für Fachbereichsleiter/innen gelten.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt bei 16 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen:

Beschlussempfehlung an den Kreistag:

Die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Rems-Murr-Kreises (Anlage 2 zu Drucksache 2017/030) wird beschlossen mit der Maßgabe, dass der Kreisbrandmeister weiterhin vom Kreistag gewählt wird.

Auszüge:

1 Kreistagsgeschäftsstelle

§ 6Änderung in der Besetzung des JugendhilfeausschussesDrucksache 2017/074

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Ohne weitere Beratung beschließt der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss einstimmig bei 2 Enthaltungen den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss empfiehlt dem Kreistag:
Der Jugendhilfeausschuss wird mit Herrn Marcus Lenz als Nachfolger von Frau Melanie Rautscher als stellvertretendes beschließendes Mitglied neu gebildet.

Auszüge:

1 Kreistagsgeschäftsstelle

§ 7SpendenberichtDrucksache 2017/051

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Ohne weitere Beratung beschließt der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss einstimmig:

Der Annahme der in der Anlage aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt

Auszüge:

1 Amt für Finanzen

§ 8

Verschiedenes

Landrat Dr. Sigel verweist auf den aufgelegten Integrationsplan und den Integrationsbericht des Landkreistags sowie auf die Ausbildungsbroschüre der Landratsamtes.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Thomas Hasert